

Neue Zürcher Zeitung

NZZ – GEGRÜNDET 1780

Freitag, 21. Juli 2017 · Nr. 167 · 238. Jg.

AZ 8021 Zürich · Fr. 4.90 · € 4.90

VW-Chef Müller verteidigt den Dieselmotor

Politik beim E-Auto in der Pflicht

MICHAEL RASCH, FRANKFURT

Fehlverhalten und Versäumnisse einzelner Mitarbeiter hätten – kombiniert mit Defiziten in einigen technischen Bereichen – zur Diesel-Krise bei Volkswagen geführt. Dies hat Konzernchef Matthias Müller bei einem Besuch auf der NZZ-Redaktion erklärt. Eine endgültige Aussage zu den Ursachen des Skandals könne man aber erst nach Beendigung der Untersuchungen machen. Der Abgasskandal habe den VW-Konzern viel Geld gekostet und sein Image stark beschädigt.

Schwer lösbare Konflikte

An der Dieselmotor-Technologie selber will Müller jedoch festhalten. Die gegen den Dieselmotor laufende Kampagne sei heftig und der Marktanteil des Diesels rückläufig. Damit tue man der Technologie jedoch unrecht, sagte Müller im Interview. Bezüglich CO₂-Emissionen schnitten die neusten Diesel-Generationen im Vergleich mit anderen Motoren sehr gut ab.

Anders sieht die Umweltbilanz bei Benzinmotoren mit Direkteinspritzung aus. Auf die Frage, weshalb der VW-Konzern bei der Ausrüstung von Ottomotoren mit Partikelfiltern spät dran sei, verweist Müller darauf, dass Volkswagen in diesem Jahr beginne, die Konzernflotte damit auszustatten. Bei solchen grundlegenden Entscheidungen gehe es immer um ein Zusammenspiel zwischen Umwelt- und Gesundheitsschutz, technischen Möglichkeiten, betriebswirtschaftlichen Notwendigkeiten, Vorgaben des Gesetzes sowie moralisch-ethischen Fragen. Die dabei auftretenden Konflikte seien oft schwer zu lösen.

Umfassende Infrastruktur nötig

Noch sind Elektroautos in Deutschland, trotz der auch von Müller geforderten Kaufprämie, ein Nischenprodukt. Das zeige, dass das Hauptproblem nicht der Preis, sondern die Reichweite sei, hält der Konzernchef von Volkswagen fest. Es brauche Verbesserungen bezüglich Ladeinfrastruktur und -zeit, dann würden auch die europäischen Konsumenten ihre Berührungängste verlieren. Unabdingbar sei dafür der Aufbau einer umfassenden Infrastruktur entlang den Verkehrsachsen; dabei sieht Matthias Müller neben den Autoherstellern auch die Politik in der Pflicht.

Wirtschaft, Seite 25



Die Raupe der Weissen Hexe (*Thysania agrippina*).

FLORILEGIUS

KÜNSTLERIN MARIA SIBYLLA MERIAN (1647–1717)

Fasziniert von der Verwandlung der Raupen

WOCHENENDE SEITE 45–49

Ankara provoziert die Amerikaner

Details über US-Stützpunkte in Syrien publiziert

Präsident Trump hat die Waffenlieferungen an syrische Rebellen gestoppt. Damit kommt er Putin, einem Verbündeten Asads, entgegen – und stösst andere vor den Kopf.

INGA ROGG, ISTANBUL

Im Krieg in Syrien ziehen Ankara und Washington schon seit langem nicht mehr an einem Strang. Die USA bewaffnen im Krieg gegen die Extremisten des Islamischen Staates (IS) kurdische Kämpfer, die von der Türkei als Terroristen und Bedrohung der eigenen Sicherheit betrachtet werden. Umgekehrt unterstützt die Türkei im benachbarten Syrien islamistische Rebellen, die Washington für eine Gefahr hält.

Nun hat Ankara seinen Ärger auf eine Weise deutlich gemacht, wie es sich unter Nato-Verbündeten eigentlich verbietet. Die staatliche Nachrichtenagentur Anadolu veröffentlichte eine Karte mit detaillierten Angaben über amerikanische Militärbasen in Nordsyrien. Diese waren zwar nicht geheim, doch Anadolu zeichnete die genauen Standorte von zehn Stützpunkten ein und ergänzte die Karte mit minutiösen Angaben darüber, wozu die einzelnen Basen dienen, welche Waffen und wie viele Soldaten dort stationiert sind. Im Fall eines Stützpunkts nahe der syrischen IS-Hochburg Rakka erwähnte Anadolu, dass dort neben 200 amerikanischen Soldaten auch 75 französische Elitesoldaten im Einsatz seien.

Gefährliches Signal

Die USA haben die Veröffentlichung scharf kritisiert. Diese bringe Koalitionstruppen unnötig in Gefahr und gefährde die Operationen gegen den IS, sagte Pentagon-Sprecher Eric Bahon. Die Quelle des Reports sei unklar, aber «wir wären sehr besorgt, wenn Vertreter eines Nato-Partners mit der Veröffentlichung heikler Informationen unsere Soldaten gezielt in Gefahr brächten». Das habe Washington auch gegenüber der Türkei zum Ausdruck gebracht. Die türkische Regierung hat sich dazu bisher nicht geäußert. Der auf Türkisch und Englisch veröffentlichte Bericht und die Karte waren am Donnerstagnachmittag aber noch online abrufbar.

Einer der Stützpunkte könne von amerikanischen Elitesoldaten für Einsätze gegen die Freie Syrische Armee (FSA) benutzt werden, heisst es in dem Bericht. Die FSA ist ein Zusammenschluss von verschiedenen Rebellengruppen, die den syrischen Machthaber Bashar al-Assad stürzen wollen. Das Spektrum reicht von Nationalisten bis zu radikalen Islamisten. Seit 2013 haben die USA versucht, die gemässigten Kräfte mit Waffen und Ausbildung zu stärken. Kritiker bemängelten allerdings stets, dass die Unterstützung viel zu gering war, um das syrische Regime ernsthaft in Bedrängnis zu bringen. Den Sturz von Assad hat der amerikanische Präsident Donald Trump offiziell bereits im März von der Agenda gestrichen. Jetzt hat er laut einem Bericht der «Washington Post» auch das Geheimprogramm der CIA beendet. Der Entscheid soll bereits vor knapp einem Monat gefallen sein. Er sei ein «Signal an Putin», dass Washington die Beziehungen mit Moskau verbessern wolle, sagte ein Regierungsvertreter am Donnerstag.

Türkische Drohung

An den Verhältnissen am Boden ändert sich dadurch wenig. Politisch ist es jedoch ein gefährliches Signal. Denn für die syrischen Verbündeten bedeutet es: Auf die Amerikaner ist kein Verlass, auf die Russen und die Iraner dagegen schon. Sowohl Moskau wie Teheran haben alles getan, um den Aufstand gegen das Assad-Regime mit Luftangriffen und Kämpfern am Boden in die Knie zu zwingen.

Trump setzt jetzt darauf, dass Putin die Hand reicht zu weiteren lokalen Waffenstillständen. Am G-20-Gipfel handelten beide eine Feuerpause für Gebiete entlang der syrisch-jordanischen Grenze aus. Darauf will Trump aufbauen, um ein Ende des Kriegs zu erreichen. Im Norden von Syrien eröffnen sich allerdings bereits neue Probleme. Der Nationale Sicherheitsrat der Türkei hat diese Woche nach einer mehrstündigen Sitzung klargemacht, dass Ankara einen kurdischen Teilstaat in Nordsyrien nicht hinnehmen wird. Die Angriffe auf die Volksverteidigungseinheiten (YPG), die den Kampf gegen den IS in Rakka anführen, hat die Türkei zwar eingestellt. Doch sie hat in jüngster Zeit wiederholt die YPG-Enklave Afrin im Nordwesten von Syrien angegriffen.

OBdachlos in Kalifornien

Hunderte von Jungen leben auf den Strassen von San Francisco SEITE 9

BUND GEHT ÜBER DIE BÜCHER

Weiterbildungskurse für Neulenker kosten viel und bringen wenig SEITE 13

ABGESANG AUF SCHWEIZERPSALM

Altbundesräte stimmen in Ruf nach neuer Nationalhymne ein SEITE 15



NEUER FLUGZEUGTRÄGER

Die atomgetriebene «Gerald R. Ford» ist technologisch Spitze – das kostet 12,9 Milliarden Dollar SEITE 7

ULTRALOCKERE GELDPOLITIK

EZB-Präsident Mario Draghi lässt den Geldhahn offen SEITE 26, 29

REVOLUTIONÄRE TÖNE

Linke Intellektuelle reden die Gewalt der Autonomen schön SEITE 35

CARLOS BERNEGGER

Der GC-Trainer ist ein Schweizer mit Wurzeln in Argentinien SEITE 42, 43



WINTERTHUR

Industrie- und Arbeiterstadt war gestern, heute ist der Staat der grösste Arbeitgeber SEITE 18, 19

WETTER



16°/28°

Am Vormittag sonnig, am Nachmittag zuerst über den Bergen, später auch im Flachland Schauer und regional teilweise starke Gewitter. SEITE 21

TV/Radio 40, Traueranzeigen 8, 16 Sportresultate 41, Kino 6

NZZ www.nzz.ch

Redaktion und Verlag: Neue Zürcher Zeitung, Falkenstrasse 11, Postfach, 8021 Zürich, Telefon: +41 44 258 11 11, Leserservice/Abonnements: +41 44 258 1000, weitere Angaben im Impressum auf Seite 10

